

«Einen Jugendtreff zu eröffnen, genügt nicht»

Die Gesellschaft verändert sich laufend, und mit ihr auch die Jugend. Ivica Petrusic, Geschäftsführer der Okaj Zürich, sagt, wie Teenager ticken, mit welchen Ansätzen die Jugendarbeit darauf reagiert und warum sie dabei auf das Engagement von Politik und Verwaltung angewiesen ist.

Interview: Marcel Müller

Das Bild, das Medien von der Jugend vermitteln, ist nicht besonders schmeichelhaft: Sie ist gewaltbereit, zeigt wenig Respekt und konsumiert Drogen. Hat die Jugend ein Imageproblem?

Statistiken zeigen, dass Gewalt und Alkoholmissbrauch seit den 1990er-Jahren bei uns stark abgenommen haben. Die grosse Masse hat sich gemässigt, aber es gibt vereinzelt Gruppierungen, bei denen Auswüchse zu beobachten sind, und das lässt sich medial gut transportieren. Deshalb kommt es zum subjektiven Eindruck, die Jugend nehme mehr Drogen, sei problematischer, sei gewaltbereiter. Für Jugendinstitutionen und -organisationen ist es eine Herausforderung, diesem verzerrten Eindruck mit positiven Bildern zu begegnen.

Teenager halten sich gerne im öffentlichen Raum auf. Früher wurde das weniger als ein Problem wahrgenommen. Mittlerweile häufen sich jedoch die Klagen über Littering oder Lärm. Was sind die Gründe dafür?

Die Bevölkerung nimmt zu, der Platz wird immer knapper – auch der öffentliche Raum. Zudem sind wir immer individualistischer geworden, die Ansprüche an den öffentlichen Raum sind gestiegen. Der Bahnhof ist schon lange nicht mehr nur Bahnhof – er ist auch ein Aufenthaltsraum geworden. So konnte man letzthin in der Zeitung lesen, der Bahnhof Zürich sei der grösste Jugendtreff der Schweiz.

Warum halten sich Jugendliche denn so gern im öffentlichen Raum auf?

Die Jugend sucht sich autonome Räume, in denen sie nicht überwacht oder pädagogisch betreut wird, wie das etwa in einer Jugendorganisation der Fall ist. Jugendliche merken sehr schnell, wenn



In Wädenswil hat Ivica Petrusic am Projekt «Platz da?!» mitgearbeitet. Ziel war es, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu lösen.

Bilder: Marcel Müller

man sie in eine Richtung lenken will. Das ist ein Grund. Ein zweiter liegt darin, dass sie nach Grenzen suchen. Das gehört zur Pubertät. Im öffentlichen Raum können sie diese am besten ausloten: mit Provokationen, mit Sprüchen bis hin zur Gewalt. Es geht ihnen darum zu zeigen: «Ich bin anders als du.»

In einem Kulturzentrum wie der Roten Fabrik in Zürich sind die Jugendlichen unter sich. Dafür

kämpfte die Jugend Anfang der 80er-Jahre. Sie suchten «ihren» Raum weniger in der Öffentlichkeit. Was hat sich verändert?

Man muss den historischen Kontext sehen: Der Schrei nach autonomem Raum hatte damals eine starke politische Komponente. Die Jugend wehrte sich gegen eine bestimmte Form von Kulturförderung. Seither hat sich die Freizeit sehr stark kommerzialisiert und privatisiert.

FORTSETZUNG AUF SEITE 16

Jugendliche haben heute viele Freiräume, weil die Marktwirtschaft extrem gut auf ihre Bedürfnisse reagiert. Heute findet ein Jugendlicher sehr schnell Angebote, wenn er Kultur konsumieren möchte. Das hat auch dazu geführt, dass sich die Jugend entpolitisiert hat: Sie kommt gar nicht mehr dazu, politisch etwas zu fordern.

Zurzeit werden allenthalben Ausgeh- und Alkoholverbote, aber auch die Überwachung öffentlicher Räume diskutiert, um Problemen mit Jugendlichen zu begegnen. Könnte diese Repression dazu führen, dass die Jugend wieder politischer wird?

Sie hat sich stark individualisiert – «den» Jugendlichen gibt nicht. Die Jugend ist in viele verschiedene Szenen zersplittert, deren Anliegen sich nur teilweise decken. In den 80ern kämpfte man gemeinsam für den autonomen

«Wo soziale Kontrolle stattfindet, gibt es weniger Puff.»

Raum. Erst danach überlegte man sich, was man darin machen will. Heute ist die Abgrenzung, das «Ich-bin-anders-als-du», viel wichtiger. Es ist extrem schwierig geworden, Leute für ein Anliegen zu mobilisieren, zum Beispiel hinausgehen um Unterschriften zu sammeln. Das merke ich als Politiker. Zwar sind alle bereit, punktuell etwas zu tun. Doch sich für eine Idee längerfristig einsetzen – das machen nur noch wenige.

Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für die Repression?

Repression sehe ich ein wenig als Überforderung der Gesellschaft. Das tradierte Bild von Familie und Erziehung ist überholt – auch wenn es noch immer Politiker gibt, die das nicht wahr haben wollen. Die Erziehung hat sich aus der Familie hinausbewegt: Es gibt auch Alleinerziehende, es gibt Patchwork-Familien und Migrantenkinder, deren Eltern beide arbeiten. Diese Entwicklungen fordern die öffentliche

Zur Person

Ivica Petrušić ist Geschäftsführer der Okaj Zürich, dem Dachverband der kantonalen Kinder- und Jugendarbeit. Deren Basis bilden rund 600 Mitgliedsorganisationen aus der Jugendarbeit im Kanton Zürich, darunter auch rund 70 Gemeinden. Davor war Petrušić als Dienststellenleiter Jugend bei der Stadt Wädenswil tätig. Im August 2010 wurde er in den Grossrat des Kantons Aargau gewählt. Mit dem Verein Second@Plus setzt er sich seit Jahren in den Bereichen Migration und Integration ein. (mrm)

Hand stark. Und als erstes macht die Politik das Naheliegendste und sagt sich: «Es ist nicht meine Aufgabe, dich zu erziehen. Das einzige, was ich machen kann, ist, dich in deine Schranken zu weisen.» Also greift man zur Repression. Dieser Trend breitet sich im Moment aus.

Sie sagen, dass sich die Jugend stark individualisiert hat. Verbote und Überwachung betreffen aber immer das Kollektiv. Können solche Massnahmen den Problemen überhaupt gerecht werden?

Das ist ein kritischer Punkt dieser Entwicklungen. Denn Probleme machen immer kleine Gruppierungen. In Wädenswil, wo ich früher gearbeitet habe, waren es

«Gesellschaftsfragen lassen sich nicht einer einzelnen Verwaltungsabteilung zuordnen.»

fünf bis zehn Jugendliche, die das Städtchen in Unruhe versetzt haben. Wegen einigen wenigen wird ein extremer Aufwand betrieben. Besser wäre es, sich in der Szene umzusehen und sich gezielt mit den betreffenden Jugendlichen auseinanderzusetzen.

Die Politik steht permanent unter Druck: Sie muss möglichst rasch Lösungen präsentieren können, wenn es Probleme gibt. Da liegt es nahe, eine Kamera zu installieren.

Ich bin nicht kategorisch gegen Massnahmen wie die Videoüberwachung. Politiker sollten sich aber zuerst fragen, ob sich nicht noch etwas anderes machen liesse. Man muss schauen, dass die soziale Kontrolle spielen kann – das ist viel besser als eine Kamera aufzustellen, die kann ja nur reagieren. Auch die Polizei kommt nur, wenn man sie ruft. Die aufsuchende Jugendarbeit dagegen ist präsent und kann negative Entwicklungen auffangen. Wo soziale Kontrolle stattfindet, gibt es weniger Puff.

Sie haben in Wädenswil am Projekt «Platz da?!» mitgearbeitet, bei dem es darum ging, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu lösen. Wie lange hat es gedauert, bis sich spürbare Erfolge zeigten?

In Wädenswil haben wir die aufsuchende Jugendarbeit fest installiert. Ungefähr eineinhalb Jahre hat es gebraucht, um die Politik zu sensibilisieren.

«Jugendarbeiter können nicht etwas für sich basteln – die Politiker müssen mitdenken.»

Neu an unserem Ansatz war, dass nicht eine einzelne Abteilung der Stadt für den öffentlichen Raum zuständig sein sollte, sondern alle: Polizei, Jugendarbeit, Bauabteilung, Werke und die Schule mussten Ressourcen bereitstellen. Früher hatte Polizei die Aufgabe, die Jugendlichen zu vertreiben – sie wusste aber nicht, welche Konsequenzen das für die Stadtwerke hatte. Denn mit den Jugendlichen wurde auch der Abfall an einen Ort verschoben, der aufwendiger zu reinigen war. Die Werke waren also nicht glücklich über diese Verschiebung, die Polizei hat das aber nicht gewusst. Erst als Polizei und Werke im Rahmen unseres Projekts zusammenkamen, fand man gute Lösungen.



Warum dauerte es so lange, um diese Lösung zu etablieren?

Politiker dazu zu bringen, sich auch für die Probleme anderer Abteilungen mitverantwortlich zu fühlen, ist schwierig. Ein Exekutivmitglied wird deshalb wiedergewählt, weil es vier Jahre innerhalb seiner Abteilung gut gearbeitet hat. Für das Abfallproblem ist ein anderer Politiker zuständig. Dieses Denken muss man durchbrechen. Gesellschaftsfragen lassen sich nicht einer einzelnen Verwaltungsabteilung zuordnen.

Ist ein solcher Ansatz nicht enorm kostspielig? Wie viel sollte einer Gemeinde die Jugendarbeit wert sein?

Im ersten Moment müssen die Ressourcen auf allen Ebenen aufgestockt werden. Davor schrecken viele Politiker zurück. Man muss ihnen aufzeigen, dass

«Kommt ein Jugendlicher auf die schiefe Bahn, sind Kosten von 100 000 Franken vorprogrammiert.»

ein solcher Ansatz übers Ganze gesehen günstiger ist. Kommt ein Jugendlicher auf die schiefe Bahn, sind im Minimum Kosten von 100 000 Franken vorprogrammiert. Mit diesem Geld ist die Stelle eines Jugendarbeiters für ein Jahr schon bezahlt.

Vierorts hat die Jugendarbeit noch einen geringen Stellenwert. Was läuft falsch?

Mit der Jugendszene hat sich auch die Jugendarbeit extrem verändert. Viele politische Vorstellungen sind jedoch noch in den 80ern stecken geblieben. Man will die Jugendlichen in einen Raum pferchen. Die Jugendarbeit muss der Politik die Prozesse aufzeigen, die in der Gesellschaft ablaufen. Ihr klar machen, dass es eben nicht genügt, einen Jugendtreff zu eröffnen und die Jungen da hineinzustopfen. Das schafft man schon seit Jahren nicht mehr. Man muss dorthin, wo die Jugendlichen sind, und vor Ort mit ihnen arbeiten. Wir Jugendarbeiter haben die Kompetenz zu erkennen, was im öffentlichen Raum, in der Gesellschaft abgeht, deren Spiegel die Jugend ist. Die Politik muss bereit sein das aufzunehmen in die Gesamtentwicklung – und die Probleme mit Jugendlichen nicht bloss als einen Nebenschauplatz zu betrachten. Umgekehrt können Jugendarbeiter aber auch nicht einfach etwas für sich basteln – die Politiker müssen mitdenken, müssen sich auf das einlassen.

Wo steht die Jugendarbeit im Kanton Zürich und in der Schweiz?

Im Kanton Zürich haben viele Gemeinden die Vorteile der Jugendarbeit erkannt. Es ist aber immer noch eine grosse Schere zwischen Gemeinden, die es sehr gut machen und solchen, die gar nichts tun. Wir bemühen uns derzeit darum, die Kinder- und Jugendförderung gesetzlich

zu verankern. Das ist heute weder im Kanton noch auf Bundesebene der Fall. Gelingt das, wird sich die Jugendarbeit zudem weiter professionalisieren, weil man sich dann auf Gesetze berufen kann, die Qualität fordern.

Die Jugend ist in den letzten Jahren auch deutlich mobiler geworden. Wie ist auf diese Entwicklung zu reagieren?

Die Jugend macht längst nicht mehr an den Gemeindegrenzen halt. Die politischen Strukturen entsprechen insofern nicht der Realität der Jugend. Deshalb

«Es macht keinen Sinn, dass jede Gemeinde eine eigene Jugendarbeit aufbaut.»

müsste man den Rahmen erweitern und lebens- oder sozialraumorientiert tätig sein. Es macht keinen Sinn, dass jede Gemeinde eine eigene Jugendarbeit aufbaut, wenn sich jene der Nachbargemeinde bereits etabliert hat. Vielmehr sollten sich die Gemeinden gemeinsam fragen, welche Angebote es in ihrer Region braucht. Das geht nicht ohne den politischen Willen, Ressourcen regional zu bündeln. Auf diese Weise würde man für einen grösseren Raum bessere Lösungen erzielen und langfristig Kosten sparen. ■

Hier trifft sich die Jugend: Samstagabend um Zehn am Bahnhof Zürich, dem «grössten Jugendtreff der Schweiz».
